



Karolin Hiller

Öffentlich Private Partnerschaften zur Finanzierung traditioneller Kultureinrichtungen in Deutschland

Möglichkeiten einer umfassenden
Kooperation zwischen öffentlicher Hand
und Wirtschaftsunternehmen
Lernen vom italienischen *Project Financing*?

Die Arbeit leistet einen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Ausschreibung bei traditionellen Kultureinrichtungen in Deutschland. Untersucht werden dafür die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden, um nach dem aktivierenden Kulturstaatsmodell künftig Theater, Museen etc. in gemeinsamer Verantwortung mit privaten Unternehmen zu betreiben. Das einschlägige deutsche und europäische Vergaberechtsregime bildet einen Schwerpunkt der Arbeit; insbesondere wird geprüft, in welchem Umfang es sich durch den Vertrag von Lissabon verändert hat. Die Analyse des in Deutschland geltenden Vergaberechts zeigt, dass dies für eine effektive Realisierung des aktivierenden Kulturstaatsmodells unzureichend ist. Als Alternative wird ein Blick in das italienische Vergabeverfahren des *Project Financing* geworfen.

Karolin Hiller, Studium an den Universitäten Passau, Perugia (Italien) und Konstanz; deutsches Referendariat in Konstanz und italienisches Referendariat in Perugia (Italien); Tätigkeiten in einer deutsch-italienischen Kanzlei in Rom (Italien) und in einer internationalen Wirtschaftskanzlei in Berlin.

Öffentlich Private Partnerschaften
zur Finanzierung traditioneller
Kultureinrichtungen in Deutschland

Europäische Hochschulschriften

European University Studies

Publications Universitaires Européennes

Reihe II **Rechtswissenschaft**

Series II Law

Série II Droit

Band/Volume **5526**

Karolin Hiller

Öffentlich Private Partnerschaften zur Finanzierung traditioneller Kultureinrichtungen in Deutschland

Möglichkeiten einer umfassenden
Kooperation zwischen öffentlicher Hand
und Wirtschaftsunternehmen

Lernen vom italienischen *Project Financing*?

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2013

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Mai 2013

Referent: Prof. Dr. Martin Ibler

Referent: Prof. Dr. Sophie-Charlotte Lenski

D 352

ISSN 0531-7312

ISBN 978-3-631-64779-0 (Print)

E-ISBN 978-3-653-03576-6 (E-Book)

DOI 10.3726/ 978-3-653-03576-6

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2014

Alle Rechte vorbehalten.

PL Academic Research ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Dieses Buch wurde vor Erscheinen peer reviewed.

www.peterlang.com

„Könnte ich mit Europa noch einmal beginnen,
so würde ich nicht mit der Wirtschaft anfangen,
sondern mit der Kultur.“
[Jean Monnet]

Danksagung

Allen, die mich bei der Entstehung dieser Arbeit unterstützt und in dieser Phase meines Lebens begleitet haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Mein erster Dank gilt Herrn Prof. Dr. Martin Ibler, der diese Arbeit ermöglicht und betreut hat. Ich danke Frau Prof. Dr. Sophie-Charlotte Lenski für die Zweitkorrektur. Herzlich bedanken für die wertvolle fachliche Hilfe möchte ich mich bei RA Dr. Matthias von Kaler, Avv. Daniele Spinelli, und ganz besonders bei Dipl.-Ing. Tobias Ehret. Bedanken möchte ich mich auch bei RA Dr. Helmerich Bornheim, der mir seine in vergaberechtlicher Hinsicht gut ausgestattete Bibliothek zur Verfügung gestellt hat. Zuletzt und in besonderer Weise danke ich meinen Eltern für ihre unermüdliche Unterstützung in den letzten Jahren, allen Mitarbeitern des Studio Legale Bagianti & Associati und meinen italienischen Freunden, ohne die diese Arbeit nie entstanden wäre.

Ringraziamenti

Ringrazio tanto tutti quelli che mi hanno aiutato a redigere questa tesi e che mi hanno accompagnato in questa importante fase della mia vita. In primo luogo, ringrazio molto il Prof. Dr. Martin Ibler, che mi ha seguito durante il dottorato, rendendolo possibile. Grazie tante alla Professoressa Dr. Sophie-Charlotte Lenski per la seconda correzione della tesi. Ringrazio inoltre il Dr. Matthias von Kaler, l'Avv. Daniele Spinelli ed in modo particolare l'Ingegnere Tobias Ehret per tutti i preziosi consigli professionali che mi hanno dato. Ringrazio ancora l'Avv. Dr. Helmerich Bornheim, che gentilmente mi ha permesso di usare la biblioteca del suo studio per le mie ricerche. Infine, ringrazio di tutto cuore i miei genitori per il loro instancabile sostegno durante gli ultimi anni, nonché tutto lo Studio Legale Bagianti & Associati ed i miei amici italiani, senza i quali questa tesi non sarebbe mai stata scritta.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literatur- und Quellenverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Arbeitsthema	5
1. Teil: Aktivierende Kulturpolitik	7
1. Kapitel: Begriff der „kommunalen traditionellen Kultureinrichtung“	7
2. Kapitel: Das aktivierende Kulturstaatsmodell	9
A. Das Politikmodell des „aktivierenden Staates“	9
B. Das aktivierende Kulturstaatsmodell auf Kommunalebene	11
I. Kulturakteur „Gemeinde“	13
1. Rechtliche Rahmenbedingungen	13
a. Kulturstaat Deutschland	13
b. Kulturelle Daseinsvorsorge – kulturelle Infrastruktur	15
c. Wirtschaftlichkeitsgrundsatz	21
d. Zwischenergebnis	22
2. Gesellschaftliche Wirkungen	22
II. Kulturakteur „Wirtschaftsunternehmen“	24
C. Ergebnis des 1. Teils	27
2. Teil: Organisationsform und Verfahren zur Umsetzung einer aktivierenden Kulturpolitik auf Kommunalebene	29
1. Kapitel: Öffentlich Private Partnerschaften – Public Private Partnerships	29
A. Formen der Verantwortungsteilung	29
I. Organisationsprivatisierung	30
II. Materielle Privatisierung	30
III. Funktionale Privatisierung	31
B. Definition von „Öffentlich Privaten Partnerschaften“	34
I. Strukturmerkmale von Öffentlich Privaten Partnerschaften	34
II. Ergebnis	39

C. Die Strukturmerkmale von Öffentlich Privaten Partnerschaften im Einzelnen	39
I. Ganzheitlicher Projektansatz	40
II. Projektgesellschaft	42
1. Vertragliche Öffentlich Private Partnerschaften	44
a. Betreiber- und Konzessionsmodelle	44
b. Vorteile und Nachteile von vertraglichen Öffentlich Privaten Partnerschaften	46
2. Institutionalisierte Öffentlich Private Partnerschaften	47
a. Vertragskonstruktionen	47
b. Vorteile und Nachteile von institutionalisierten Öffentlich Privaten Partnerschaften	49
III. Individuelle Risikoverteilung	50
IV. Die Verfolgung eines komplementären Ziels und weitere Erfolgskriterien für Öffentlich Private Partnerschaften	56
1. Nicht projektbezogene Eignungskriterien	56
2. Projektbezogene Eignungskriterien	56
D. Eignung von Öffentlich Privaten Partnerschaften für den Betrieb traditioneller Kultureinrichtungen gemäß dem Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates	59
I. Aktivierende Kulturpolitik: echte Verantwortungspartnerschaft	59
1. Zusammenarbeit in allen Planungsphasen	59
2. Institutionalisierte Öffentlich Private Partnerschaften mit konzessions-rechtlichen Vertragsselementen	61
a. Gesellschaftsform und Mitgesellschafter	62
b. Ressourcenallokation und Synergieeffekte	64
c. Zeitlicher Aspekt der partnerschaftlichen Verantwortungsübernahme	65
d. Gemeinsames Erfolgsinteresse	66
3. Zwischenergebnis	66
II. Projektbezogene und nicht projektbezogene Eignungskriterien	66
1. Tatsächliche Rahmenbedingungen	66
a. Ausreichendes Projektvolumen	67
b. Fördergelder	67
c. Kultur und Wirtschaft	69
d. Verfahrensrechtliche Anreizmechanismen	70
e. Zwischenergebnis	70

2. Kulturelle, nicht projektbezogene Eignungskriterien	70
a. Eigengesetzlichkeit der Kultur	71
b. Kulturelle Infrastruktur	72
E. Ergebnis des 1. Kapitels	73
2. Kapitel: Verfahren zur Aktivierung der Wirtschaftsunternehmen als Partner für kulturelle Öffentlich Private Partnerschaften	73
A. Verfahrensrechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen	74
I. Ausgangsüberlegungen: Wettbewerb um den Markt	74
II. Recht der öffentlichen Ausschreibung	78
1. Systematik des Rechts der öffentlichen Ausschreibungen	78
2. Rechtliche Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung	82
a. Ziele des Vergaberechts	82
b. Öffentlicher Auftrag i.w.S.	84
aa. Entgeltlicher Vertrag	85
(1) Allgemeines	85
(2) Beschaffungsbezug bei institutionalisierten Öffentlich Privaten Partnerschaften	87
(3) Zwischenergebnis	88
bb. Auftragsgegenstand	89
(1) Abgrenzung von öffentlichen Aufträgen i.e.S. und Konzessionen	89
(2) Typengemischte Konzession	89
(3) Anwendbares Vergaberechtsregime und Abgrenzungskriterien	91
(4) Bau- oder Dienstleistungskonzessionen	93
(5) Zwischenergebnis	96
c. Binnenmarktrelevanz	97
3. Ergebnis	98
III. Beihilfenrechtliche Konsequenz	98
B. Primärrechtliches Vergaberecht – die sog. allgemeinen Vergaberechtsgrundsätze	102
I. Einführung	102
1. Die allgemeinen Vergaberechtsgrundsätze	103
2. Verfahrensmaßstab	105
II. „Vergaberecht light“ – verfahrensrechtliche Mindeststandards ..	108
1. Gleichbehandlungsgrundsatz	108
a. Materiellrechtliche Gleichbehandlung	109
b. Verfahrensrechtliche Gleichbehandlung	111
c. Das Gleichbehandlungsprinzip bei der Suche nach einem privaten Kulturpartner	113

2. Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	115
3. Transparenzgrundsatz	115
a. Allgemein	115
b. Der Transparenzgrundsatz bei der Suche nach einem privaten Kulturpartner	119
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	120
5. Wettbewerbsprinzip	121
a. Zielvorgabe des primären Vergaberechts nach dem EG -Vertrag a.F.	122
aa. Hintergrund des vergaberechtlichen Wettbewerbsprinzips	122
bb. Einzelne Aspekte des Wettbewerbsprinzips	123
(1) Zuschlagskriterium	123
(2) Echter Bieterwettbewerb	128
(3) Vertragslaufzeit	134
(4) Zwischenergebnis	135
cc. Das Wettbewerbsprinzip bei der Suche nach einem privaten Kulturpartner	135
b. Zielvorgaben des primären Vergaberechts nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon	140
aa. Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Verträge n.F.	141
bb. Das Prinzip der ordnungsgemäßen öffentlichen Aufgabenerfüllung	146
(1) Abweichende Vertragskonstruktion	147
(2) Besonderer Auftragsgegenstand: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	148
(a) Stellenwert der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in den Europäischen Verträgen n.F.	151
(b) Neuqualifizierung des Vergaberechts	153
(3) Zwischenergebnis	156
cc. Konsequenzen für die Vergabe einer privaten Kulturpartnerschaft in einer traditionellen Kultureinrichtung nach dem Modell des aktivierenden Kulturstaates	159
(1) Traditionelle Kultur: Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	159
(2) Vergaberechtlicher Konflikt	161

3. Teil: Optimale verfahrensrechtliche Umsetzung der aktivierenden Kulturpolitik durch die Gemeinden	167
1. Kapitel: Mustervergabeverfahren nach dem Modell des aktivierenden Kulturstaates – Offene Verfahrensfragen	167
A. Kulturpolitische Ausgangsüberlegungen (verfahrensrechtliche Dimension)	167
B. Das private Initiativrecht	168
I. Die deutsche Vergaberechtspraxis	169
II. Verfahrensrechtliche Anforderungen und Konsequenzen	169
III. Vergaberechtliche Wirkungen	173
IV. Zwischenergebnis	177
C. Kooperation von Gemeinden und Unternehmen in der Phase der Projektplanung	177
I. Vorteile der gemeinsamen Planung	179
II. Vergaberechtliche Wirkungen	180
III. Zwischenergebnis	181
D. Ergebnis des 1. Kapitels	181
2. Kapitel: Lösung mit Mitteln des geltenden deutschen Vergaberechts	183
A. Gesamtlösung – die Projektantenproblematik i.S.d. deutschen Vergaberechts	183
I. Sachlich-gegenständliche Komponente des Tatbestandes	185
II. Zeitliche Komponente des Tatbestandes	186
1. Beginn des Vergabeverfahrens	188
2. Zusätzliche Abgrenzungskriterien	189
3. Zwischenergebnis	194
III. Rechtsfolgen	195
1. Individuell zugeschnittene Ausschreibungsunterlagen	196
2. Informationsvorsprung	196
3. Zeitlicher Wettbewerbsvorteil	197
4. Entschädigungsleistungen	197
IV. Ergebnis	199
B. Einzellösungen	200
I. Privates Projektvorschlagsrecht	201
1. Markterkundungs- und Interessenbekundungsverfahren	201
2. Zwischenergebnis	203
II. Partnerschaftliche Kooperation bei der gesamten Projektplanung	204
1. Verhandlungsverfahren	204
a. Anforderungen an die Ausschreibungsunterlagen	204
aa. Inputspezifizierte Leistungsbeschreibung	204

bb. Outputspezifizierte Leistungsbeschreibung	205
cc. Zwischenergebnis	208
b. Gemeinsame Planungsleistungen im Verhandlungsverfahren	208
aa. Verfahrensablauf	209
(1) Aufforderungsphase	210
(2) Verhandlungsphase	211
(a) Parallelverhandlung mit mehreren Bietern	212
(b) Schrittweise Reduzierung der Verhandlungsteilnehmer	213
(c) Kombination der ersten beiden Ausgestaltungsvarianten	215
bb. Eignung des Aufbaus des Verhandlungsverfahrens für die Vergabe kultureller Public Private Partnerships	216
c. Zwischenergebnis	218
2. Wettbewerbe	218
a. Wettbewerbe nach §§ 15 ff. VOF	219
b. Eignung des Verfahrensaufbaus von Wettbewerben für die Vergabe kultureller Public Private Partnerships	223
c. Zwischenergebnis	226
3. Wettbewerblicher Dialog	226
a. Verfahrensablauf	227
aa. Aufforderungsphase	227
bb. Dialogphase	228
cc. Angebotsphase	234
b. Eignung des Verfahrensaufbaus des Wettbewerblichen Dialogs für die Vergabe kultureller Public Private Partnerships	234
C. Ergebnis des 2. Kapitels	237
3. Kapitel: Lösung der Projektantenproblematik mit Hilfe des italienischen Rechtsinstituts des <i>Project financing</i>	238
A. Vorstellung und Entwicklung des italienischen <i>Project financing</i> -Verfahrens	240
I. Art. 37-bis ff Legge n. 109/1994 in der Fassung vom 14.12.1998 (sog. <i>Merloni-ter</i>)	240
1. Vorverfahren	241
2. Hauptvergabeverfahren	242
II. Art. 37-bis legge n. 109/1994 in der Fassung vom 01.08.2002 (sog. <i>Merloni-quarter</i>)	246

1. Privates Projektvorschlagsrecht	247
2. Vorverfahren	248
3. Hauptvergabeverfahren	249
a. <i>Appalto-concorso</i> -Verfahren	249
b. <i>Diritto di prelazione</i>	251
aa. Wettbewerbsprinzip und Prinzip der ordnungsgemäßen öffentlichen Aufgabenerfüllung	251
bb. Gleichbehandlungsgrundsatz	254
III. Art. 37-bis legge n. 109/1994 in der Fassung vom 18.04.2005 (<i>sog. Legge Comunitaria 2004</i>)	255
1. Pflicht zur Bekanntmachung der Bewertungskriterien für die Vorverfahrensentscheidung	257
2. Pflicht zur Bekanntmachung des <i>Diritto di prelazione</i>	263
IV. Art. 153 ff. des italienischen Vergaberechtsgebungsbuches in der Fassung vom 12.04.2006 (<i>sog. Codice dei Contratti</i>)	264
V. Art. 153 ff. des italienischen Vergaberechtsgebungsbuches in der Fassung vom 31.07.2007 (<i>sog. Secondo Decreto Correttivo</i>)	265
1. Zweites Korrekturdekret Nr. 113 vom 31.07.2007	266
2. Die Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Italien	267
a. Vorwurf mangelnder Publizität	267
b. Automatisches Teilnahmerecht des <i>Promotore</i>	268
c. <i>Diritto di prelazione</i> und Gleichbehandlungsgrundsatz	272
VI. Art. 153 ff. des italienischen Vergaberechtsgebungsbuches in der Fassung vom 11.09.2008 (<i>sog. Terzo Decreto Correttivo</i>)	275
1. Allgemeines	275
2. Allgemeine, für alle Verfahrensvarianten geltende Verfahrensregeln	277
a. Machbarkeitsstudie	277
b. Privates Projektvorschlagsrecht	278
3. Einphasige, öffentlich initiierte Verfahrensvariante	279
a. Verfahrensablauf	280
aa. Öffentliche Vergabebekanntmachung und private Angebote	280
bb. Abänderungsverlangen der Vergabestelle	281
b. Zusammenfassung und Bewertung	283
4. Zweiphasige, öffentlich initiierte Verfahrensvariante	288
a. Verfahrensablauf	289

aa. Erste Verfahrensphase	289
bb. Zweite Verfahrensphase	292
b. Zusammenfassung und Bewertung	301
5. Privat initiierte Verfahrensvariante 2008	303
a. Verfahrensablauf	304
aa. Vorverfahren	304
(1) Verfahrenseinleitung und Markterkundung	305
(2) Hinweisende Bekanntmachung und Feststellung des öffentlichen Interesses	308
(3) Überleitung ins Hauptvergabeverfahren	313
bb. Hauptvergabeverfahren	313
(1) Art. 153, XVI lett. a des Codice 2008	314
(2) Ungeregelte Sachverhaltskonstellation	314
(3) Art. 153, XVI lett. b und c des Codice 2008	316
b. Zusammenfassung und Bewertung	319
aa. Mitwirkung durch die Privaten	319
bb. Vereinbarkeit mit den allgemeinen Vergaberechtsgrundsätzen	320
cc. Funktion der privat initiierten Verfahrensvariante 2008	321
dd. Bewertung des Hauptvergabeverfahrens	323
VII. Art. 153 ff. des italienischen Vergaberechtsbuches in der Fassung vom 12.07.2011	324
1. Privat initiierte Verfahrensvariante 2011	325
a. Vorverfahren	325
b. Hauptvergabeverfahren	326
2. Zusammenfassung und Bewertung	327
B. Eignung der italienischen Verfahrensregeln für die Vergabe von Projects financing zur Realisierung von kulturellen Öffentlich Privaten Partnerschaften nach dem Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates	330
I. Möglichkeiten einer privaten Eigeninitiative	333
1. Das private Projektvorschlagsrecht nach Art. 153, XIX des Codice 2011	333
a. Inhalt des privaten Projektvorschlages	333
b. Anreiz- und Kompensationsinstrumente	336
c. Feststellung des öffentlichen Interesses	340
d. Generell-abstraktes Verfahrensregime	346
e. Ergebnis	347

2. Das private Verfahrenseinleitungsrecht nach Art. 153, XVI des Codice 2011	348
a. Verfahren zur Markterkundung	349
b. Ergebnis	353
II. Kooperation von Gemeinden und Unternehmen während der gesamten Projektplanung	353
1. Verfahrenseffizienz und Verfahrenseffektivität	355
2. Konkreter Verfahrensaufbau: Wettbewerblicher Dialog i.V.m. Art. 153 des Codice 2011	360
3. Ergebnis	366
4. Teil: Fazit – Vorschlag für das Vergabeverfahren zur Gründung kultureller Öffentlich Privater Partnerschaften nach dem Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates	367
A. Projektvorschlagsphase	367
I. Privates Projektvorschlagsrecht	368
II. Markterkundungsphase	369
B. Aufforderungsphase	371
C. Dialogphase	372
D. Angebotsphase	373
5. Teil: Thesen	375
A. Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates	375
B. Öffentlich Private Partnerschaften mit konzessionsrechtlichen Elementen	375
C. Geltendes Vergaberechtsregime	376
D. Verfahrensrechtliche Dimension des Politikmodells des aktivierenden Kulturstaates	377

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
Altalex	Altalex – Quotidiano d’informazione giuridica
appalti&contratti	Rivista giuridica specializzata nella contrattualistica e negli appalti pubblici
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union
Autorità	Vergaberechtliche Kontrollbehörde (Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture)
BDE	Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKS	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BPPP	Bundesverband PPP
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgerichts
Consiglio di Stato	Staatsrat (Oberster Verwaltungsgerichtshof in Italien)
Cseep	I contratti dello stato degli enti pubblici
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ET	Edilizia e Territorio, Il Sole 24 Ore
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EuR	Europarecht
GA	Generalanwalt
GDA	Giornale di diritto amministrativo
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GiustAmm	Rivista Internet di diritto pubblico
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HDBI	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
IBR-online	IBR-online
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.d.	im Sinne des
i.w.S.	im weiteren Sinne
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kommission	Europäische Kommission
KommJur	Kommunaljurist
Lavori pubblici	Mensile di informazione tecnica online
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
MMR	Multimedia und Recht
n.	numero
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Onlinezeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OLG	Oberlandesgericht
ÖPP-Beschleunigungsgesetz	Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften
PF	Project Financing
PuK	Politik und Kultur
PuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte

QDEF	Questioni di Economia e Finanza, Occasional papers della Banca d'Italia
RAS	Rassegna Avvocatura dello Stato
RWP 2008	Richtlinien für Planungswettbewerbe 2008
SächsVBI	Sächsische Verwaltungsblätter
SKR	Sektorenkoordinierungsrichtlinie
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
sog.	so genannte
TAR	Tribunale amministrativo regionale
UEA	Urbanistica e appalti
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UTFP	Unità tecnica finanza di progetto
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden Württemberg
VVDU	Verband deutscher Verkehrsunternehmen
VER.DI	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VergabeR	Vergaberecht
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VKR	Vergabekoordinierungsrichtlinie
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A
VOL-EG	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A, Abschnitt 2
VOF	Vergabe für freiberufliche Leistungen
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WW	Wirtschaftswoche
z.B.	zum Beispiel
ZDBG	Zentralverband des deutschen Baugewerbes
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Literatur- und Quellenverzeichnis

A Literaturverzeichnis

- Altenhofen, Gabriele*; Gestaltungsspielraum und Bindungen der öffentlichen Hand. in: Meyer-Hofmann, Bettina/Riemenschneider, Frank/Weihsrauch, Oliver, Public Private Partnership – Gestaltung von Leistungsbeschreibung, Finanzierung, Ausschreibung und Verträgen in der Praxis, Carl Heymanns Verlag, München 2005.
- Ambrosius, Gerold*; Services Publics, Leistungen der Daseinsvorsorge oder Universaldienste? Zur historischen Dimension eines zukünftigen Elements europäischer Gesellschaftspolitik. in: Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen in der Europäischen Union – Zum Widerstreit zwischen freiem Wettbewerb und Allgemeininteresse. Nomos, Baden-Baden 2000.
- Aschke, Manfred*; Kommentierung des § 40 VwVfG. in: Bader, Johann/ Ronellenfitsch, Michael, Beck'scher Onlinekommentar VwVfG, 14. Auflage 2012, München.
- Aumont, Laure/Kaelble, Hendrik, Die Vergabe von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse an Privat. in: NZBau 2006, 280.
- Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture*; Diritto di prelazione nelle procedure di Project Financing e disciplina transitoria applicabile a seguito del D.Lgs. 31 luglio 2007 n. 113. Determinazione n.8 del 11.10.2007.
- Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture*; Finanza di progetto. Determinazione n.20 del 04.10.2001.
- Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture*; Linee guida sulla finanza di progetto dopo l'entrata in vigore del c.d. „Terzo correttivo“ (D.lgs. 11 settembre 2008, n.152). Determinazione n.1 del 14.01.2009.
- Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture*; Prime indicazioni sull'applicazione sulla legge 01.08.2002 n.166. Determinazione n.27 del 16.10.2002.
- Autorità per la vigilanza sui contratti pubblici di lavori servizi e forniture*; Prime indicazioni sulla finanza di progetto dopo l'entrata in vigore del d.lgs. 152/2008. Documento base per l'Audizione.
- Badura, Peter*; Staatsrecht – Systematische Erläuterung des Grundgesetzes, 4. Auflage 2010, München.

- Balensiefen, Gotthold*; Öffentlich-private Partnerschaftsmodelle („ÖPP“): Chance für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in Baden-Württemberg?. in: VBIBW 2011, 499.
- Bartosch, Andreas*; Die Kommissionspraxis nach dem Urteil des EuGH in der Rechtssache Altmark – Worin liegt das Neue?. in: EuZW 2004, 295.
- Basedow, Jürgen*; Das Sozialmodell von Lissabon: Solidarität statt Wettbewerb?. in: EuZW 2008, 225.
- Battis, Kersten*; Public Private Partnership in der Städtebauförderung. in: LKV 2006, 442.
- Bauer, Stefan*; Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und ihr Verhältnis zum Vergaberecht. in: ZfBR 2006, 446.
- Becker, Joachim*; Rechtsrahmen für Public Private Partnership – Regelungsbedarf für neue Kooperationsformen zwischen Verwaltung und Privaten?. in: ZRP 2002, 303.
- Behrens, Hans-Werner*; Zulassung zum Vergabewettbewerb bei vorausgegangener Beratung des Auftraggebers – Zur Projektantenproblematik auf der Grundlage der Neuregelung des §4 V VgV. in: NZBau 2006, 752.
- Bentivogli, Chiara/ Paricara, Eugenia/ Tidu, Alfredo*; IL Project finance nei servizi pubblici locali: poca finanza e poco progetto?. in: Questioni di Economia e Finanza, Occasional papers della Banca d'Italia, September 2008 n. 25.
- Bigi, Claudio*; Il dialogo competitivo nel nuovo project financing – il comma 16 dell'art. 153. in: Appalti&contratti vom 10.11.2008.
- Broß, Siegfried*; Daseinsvorsorge – Wettbewerb – Gemeinschaftsrecht. in: JZ 2003, 874.
- Böckel, Markus*; Vergaberechtliche Behandlung von Dienstleistungskonzessionen. in: LKV 2003, 393.
- Büllesfeld, Dirk*; Investitionen nach den Konjunkturpaketen I und II: Effizienzsteigerung durch ÖPP?. in: KommJur 2009, 161.
- Bundesverband PPP*; Stellungnahme zum Fragenkatalog im Grünbuch der Kommission zu Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen 2004 – Frage 2.
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände*; Stellungnahme zum Fragenkatalog im Grünbuch der Kommission zu Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen 2004 – Frage 2.
- Bungenberg, Marc*; Kommentierung der §§ 97, 101 GWB. in: Loewenheim, Ulrich/Meessen, Karl.
- Riesenkampff, Alexander*; Kartellrecht- Kommentar, 2. Auflage 2009, München.
- Burbulla, Rainer*; Die Ausschreibung von ÖPP-Projekten. in: NJOZ 2008, 211.

- Burgi, Martin*; Die Ausschreibungsverwaltung – Dogmatische Herausforderungen des Verwaltens mit Dienstleistungskonzessionen. in: DVBl 2003, 949.
- Burgi, Martin*; Die Bedeutung der allgemeinen Vergaberechtsgrundsätze Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung. in: NZBau 2008, 29.
- Burgi, Martin*; Die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen: Verfahren, Vergabekriterien, Rechtsschutz. in: NZBau 2005, 610.
- Burgi, Martin*; Die Zukunft des Vergaberechts. in: NZBau 2009, 609.
- Burgi, Martin*; Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe, Tübingen 1999.
- Burgi, Martin*; Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gestaltungsmöglichkeiten, Grenzen, Regelungsbedarf. Gutachten für den 67. Deutschen Juristentag. München 2008.
- Burgi, Martin*; Vergabefremde Zwecke und Verfassungsrecht. in: NZBau 2001, 64.
- Byok, Jan*; Die Entwicklung des Vergaberechts seit 2006. in: NJW 2008, 559.
- Cartei, Gian Franco*; Responsabilità e concorrenza nel codice dei contratti pubblici. Editoriale Scientifica Napoli 2008.
- Cicirello, Ilenia*; Appalto-concorso non previsto come metodo di aggiudicazione degli appalti pubblici, 16.09.2009. in: Lavori pubblici 9/2009.
- Clarich, Marcello*; Gli aspetti giuridici del project financing nelle pubbliche amministrazioni – Prima conferenza della finanza di progetto nelle pubbliche amministrazioni. Freschfields Bruckhaus Deringer, Roma 2005.
- Consiglio di Stato – Sezione Consultiva per gli Atti Normativi, Adunanza del 14 luglio 2008, n. 2357/2008.
- Cori, Rosalba*, Nuove opportunità per la PA negli interventi in PPP: aspetti legali, tecnici, economici e finanziari e nuove tecnologie – finanza di progetto e PPP dopo il D.l. 70/2011 ed il D.P.R. 207/2010, Milano, 23.11.2011, Risorse Comuni 2010, 10. Edition.
- Cox, Helmut*; Öffentliche Dienstleistungen künftig im obligatorischen Ausschreibungswettbewerb? Zur Initiative der Europäischen Kommission zur Ausschreibungspflicht bei öffentlichen Dienstleistungen. in: Ausschreibungswettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen. Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Heft 52, 1. Auflage 2003, Seite 43–65.
- Cox, Helmut*; Das Angebot von Universaldienstleistungen und Probleme ihrer Vergabe im öffentlichen Bieterwettbewerb. in: Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen in der Europäischen Union – Zum Widerstreit zwischen freiem Wettbewerb und Allgemeininteresse, Baden-Baden 2000.
- Dausies, Manfred A.*; P II Vorabentscheidungsverfahren. in: Dausies, Manfred A., Handbuch des EU-Wirtschaftsrecht – Band I und II, 29. Ergänzungslieferung 2011, München.

- De Nictolis, Rosanna*; Le novità del terzo (e ultimo) decreto correttivo del codice dei contratti pubblici. in: UEA 2008, 1225.
- Deutsche Bauindustrie*; Stellungnahme zum Fragenkatalog im Grünbuch der Kommission zu Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen 2004 – Frage 2.
- Dörr, Oliver*; Kommunale Infrastrukturförderung unter dem Einfluss von europäischem Beihilfe- und Vergaberecht Teil I: Beihilfenrecht. in: KommJur 2006, 41.
- Dreher, Meinrad*; Kommentierung der §§ 97 ff GWB. in: Immenga, Ulrich/Mestmäcker, Ernst-Joachim, Onlinekommentar – Kommentar zum Europäischen Kartellrecht, Band II, 4. Auflage 2007, München.
- Dreher, Meinrad*; Public Private Partnerships und Kartellvergaberecht Gemischt-wirtschaftliche Gesellschaften, In-house-Vergabe, Betreibermodell und Beleihung Privater. in: NZBau 2002, 245.
- Drömann, Dietrich*; Wettbewerblicher Dialog und ÖPP-Beschaffungen – Zur „besonderen Komplexität“ so genannter Betreibermodelle. in: NZBau 2007, 751.
- Endler, Jan*; Privatisierung und Vergaberecht. in: NZBau 2002, 125.
- Fatoyinbo, Joy Richard*; Kommunale Kulturfinanzierung im Zeichen der Krise. in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2011 Nr. 7/8.
- Fehling, Michael*; Kommentierung der § 97 GWB. in: Pünder, Hermann/Schellenberg, Martin, Online-Kommentar, Vergaberecht (GWB, VgV, SektVO, VOL/A, VOB/A, VOF, Haushaltsrecht, Öffentliches Preisrecht), 1. Auflage 2011, Baden-Baden.
- Frenz, Walter*; Dienste von allgemeinem Interesse – Neuerungen durch Art. 16 EG. in: EuR 2000, 901.
- Frenz, Walter*; Soziale Vergabekriterien. in: NZBau 2007, 17.
- Frenz, Walter*; Vergaberecht und institutionalisierte PPP. in: NZBau 2008, 673.
- Fuchs, Max*; Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe: Eine Einführung in Theorie, Geschichte, Praxis. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1998.
- Geminiani, Di Laura/Ricchi, Massimo*; Con l'indennizzo condizionato si stempera l'effetto prelazione. in: ET 2006, 11.
- Giampaolino, Luigi*; Introduzione ad un corso sul project financing delle opere pubbliche: privato e pubblico nella disciplina dell'instituto – I contratti dello stato degli enti pubblici n.4/2005.
- Giustiniani, Marco*; Dal 17 ottobre la riforma del project financing – Alla Pa la scelta sulla doppia via. in: ET 2008, 6.

- Goodarzi, Ramin*; Aktuelle vergaberechtliche Probleme bei Public Private Partnership im öffentlichen Hochbau und Lösungsansätze. Eine Praxisbezogene Analyse. Universität Hamburg, Diss. 2008.
- Greco, Raffaele*; La natura giuridica delle procedure di *project financing* dopo il terzo decreto correttivo al codice degli appalti. in: GiustAmm vom 14.01.2009.
- Grothe, Helmut*; Kommentierung des § 203 BGB. in: Münchner Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch – Onlineausgabe, Band 1, 5. Auflage, München 2007.
- Guzzo, Gerardo*; Project financing: Il difficile viatico seguito dal legislatore italiano nell'opera di recepimento dei principi comunitari dettati in materia di finanza di progetto alla luce del d.d.l. di riforma statale n.3320 – S. e del recente d.d.l. licenziato dalla Regione Campania. in: GiustAmm vom 25.06.2006.
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie*; Stellungnahme zum Fragenkatalog im Grünbuch der Kommission zu Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen 2004 – Frage 9.
- Hausmann, Friedrich Ludwig/Bultmann, Peter Friedrich*; Public Private Partnership im Hochbau Vergaberechtsleitfaden, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, August 2007.
- Hatje, Armin/Kindt, Anne*; Der Vertrag von Lissabon – Europa endlich in guter Verfassung?. in: NJW 2008, 1761.
- Heiermann, Wolfgang*; Der wettbewerbliche Dialog. in: ZfBR 2005, 766.
- Heinrichs, Werner*; Public Private Partnership oder die Kunst zwei Sieger zu küren!. Eröffnungsvortrag zur Tagung „Forum Kultur und Ökonomie“ am 29.1.2004 in Biel-Magglingen/CH.
- Hellermann, Johannes*; Kommentierung des Art. 28 GG. in: Epping, Volker/Hillgruber, Christian, Beck'scher Onlinekommentar Grundgesetz. 8. Auflage 2010, München.
- Hermes, Georg/Michel, Jens*; Die Nutzung privaten Innovationspotentials bei privat-finanzierten öffentlichen Projekten. in: Die Verwaltung 2005, 177.
- Hertwig, Stefan*; Zuschlagskriterien und Wertung bei ÖPP-Vergaben. in: NZBau 2007, 543.
- Hill, Hermann*; Neue Wege für Kultureinrichtungen – ein Handbuch für Fach- und Führungskräfte: Tagung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 19. bis 20 September 1996 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und der Kultusministerkonferenz, Speyer 1997.
- Hirte, Heribert*; Kommentierung zu § 12 InsO, Uhlenbruck, Wilhelm/ Hirte, Heribert/ Vallender, Heinz Insolvenzordnung – Kommentar, 13. Auflage 2010, München.

- Horn, Kai-Uwe*; Public Private Partnership im Hochbau, Wirtschaftlichkeitsvergleich, Leitfaden des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, November 2003.
- Horn, Lutz*; Projektantenstatus im VOF-Verfahren?. in: NZBau 2005, 28.
- Hufen, Friedhelm*; Kulturauftrag als Selbstverwaltungsgarantie – Legitimationszusammenhänge kommunaler Kulturpolitik. in: NVwZ 1983, 516.
- Hufen, Friedhelm*; Muss Kunst monokratisch sein? Der Fall documenta. in: NJW 1997, 1112.
- Ibler, Martin*; Kommentierung des Art. 86 GG. in: Maunz, Theodor/Dürig, Günter, Grundgesetz – Kommentar, Onlineausgabe, 58. Ergänzungslieferung, Mai 2008.
- Immenga, Ulrich/ Mestmäcker, Ernst-Joachim*; Einleitung B. in: in: Immenga, Ulrich/Mestmäcker, Ernst-Joachim, Onlinekommentar – Band I: EG/ Teil 2 Kommentar zum Europäischen Kartellrecht, 4. Auflage 2007, München.
- Jäger, Wolfgang*; Public Private Partnership und Vergaberecht. in: NZBau 2001, 6.
- Jasper, Ute*; Kooperationen in der Daseinsvorsorge – Öffentlich-Private Gesellschaften. Leitfaden des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, April 2011.
- Kadelbach, Stefan*; Kommunalen Kulturbetrieb, Freiheit der Kunst und Privatrechtsform. in: NJW 1997, 1114.
- Kamann, Hans-Georg*; Europäische Beihilfenkontrolle im Kultursektor. in: KommJur 2009, 132.
- Kämmerer, Jörn Axel*; Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsziel oder: Europas „soziales Gewissen“. in: NVwZ 2002, 1041.
- Kapellmann, Klaus*; Kommentierung des § 7 VOB/A. in: Kapellmann, Klaus/ Messerschmidt, Burkhard, Online-Kommentar, VOB Teil A und B, Vergabe- und Vertragsordnung mit Vergabeverordnung (VgV), 3. Auflage, München 2010.
- Klimisch, Ebrecht*; Stellung und Rechte der Dialogteilnehmer im wettbewerblichen Dialog. in: NZBau 2011, 203.
- Knauff, Matthias*; Im wettbewerblichen Dialog zur Public Private Partnership?. in: NZBau 2005, 249.
- Knauff, Matthias*; Die Reform des europäischen Vergaberechts. in: EuZW 2004, 141.
- König, Christian*; Daseinsvorsorge durch Wettbewerb!. in: EuZW 2001, 481.
- Kolb, Angela*; Aktuelle Entwicklungen der europarechtlichen Vorgaben für die kommunale Daseinsvorsorge – Wettbewerb contra oder für das Gemeinwohl? in: LKV 2006, 97.

- Kramer, Johannes*; Gleichbehandlung im Verhandlungsverfahren nach der VOL/A. in: NZBau 2005, 138.
- Kube, Hanno*; Kommentierung des Art. 114 GG. in: Maunz, Theodor/Dürig, Günter, Grundgesetz – Kommentar, Onlineausgabe, 53. Ergänzungslieferung, Oktober 2008.
- Kühnen, Jürgen*; Kommentierung des § 16 VgV. in: Kapellmann, Klaus/ Messerschmidt, Burkhard, Online-Kommentar, VOB Teil A und B, Vergabe- und Vertragsordnung mit Vergabeverordnung (VgV), 3. Auflage, München 2010.
- Kupczyk, Björn*; Die Projektantenproblematik im Vergaberecht. in: NZBau 2010, 21.
- Kus, Alexander*; Die richtige Verfahrensart bei PPP-Modellen, insbesondere Verhandlungsverfahren und Wettbewerblicher Dialog. in: VergabeR 2006, 851.
- Lin Hi, Nick*; Kommentierung des Begriffs „Corporate Citizenship“. in: Gabler Wirtschaftslexikon – Onlineausgabe, Stand: Oktober 2012.
- Lippert, André*; Abwägungsentscheidungen im Europäischen Wettbewerbsrecht. in: DVBl 2008, 492.
- Littwin, Frank*; Public Private Partnership aus Sicht der PPP-Taskforce NRW. in: Meyer-Hofmann, Bettina/Riemenschneider, Frank/Weihrauch, Oliver, Public Private Partnership – Gestaltung von Leistungsbeschreibung, Finanzierung, Ausschreibung und Verträgen in der Praxis, Carl Heymanns Verlag, München 2005.
- Luch, Anika/Schulz, Schönke*, E-Daseinsvorsorge – Neuorientierung des überkommenen (Rechts-) Begriffs „Daseinsvorsorge“ im Zuge technischer Entwicklungen?. in: MMR 2009, 19.
- Mele, Francesco*; Kommentierung der Art. 152 bis 155 des Codice di appalti pubblici. in: Baldi, Matteo/ Tomei, Roberto, La disciplina dei contratti pubblici – Commentario al Codice appalti, Mailand 2007.
- Martini, Mario*; Kommentierung der § 16 VOF. in: Pünder, Hermann/ Schellenberg, Martin, Online-Kommentar, Vergaberecht (GWB, VgV, SektVO, VOL/A, VOB/A, VOF, Haushaltsrecht, Öffentliches Preisrecht), 1. Auflage 2011, Baden-Baden.
- Marx, Fridhelm*; Kommentierung des § 20 VOF (§ 15 VOF n.F.). in: Müller-Wrede, Malte, Kommentar zur VOF, 3. Auflage 2008, Köln.
- Merz, Friedrich*; Neuer Gesellschaftsvertrag. in: WW Nr. 50, S. 35.
- Mestmäcker, Ernst-Joachim/Schweitzer, Michael*; Kommentierung zu Art. 86 EG a.F. (Art. 106 AUEV) in: Immenga, Ulrich/Mestmäcker, Ernst-Joachim, Onlinekommentar – Band I: EG/ Teil 2 Kommentar zum Europäischen Kartellrecht, 4. Auflage 2007, München.
- Michel, Esther/ Braun, Peter*; Rechtsnatur und Anwendungsbereich von „Indikativen Angeboten“. in: NZBau 2009, 688.

- Michel, Jens*; Die Projektantenregelung des ÖPP-Beschleunigungsgesetzes – ein Reparaturfall im „Reparaturgesetz“?. in: NZBau 2006, 689.
- Mir, Emmanuel*; Das Modell der Public Private Partnership im Museumsbereich – am Beispiel der Kooperation zwischen E.ON. und der Stadt Düsseldorf. Magisterarbeit 2006, Universität Düsseldorf.
- Mösinger, Thomas*; Gleichbehandlung der Teilnehmer im Wettbewerblichen Dialog. in: NZBau 2009, 695.
- Motzke, Gerd*; Systematische Darstellung – Kommentierung zu den zivilrechtlichen Sanktionen (V). in: Motzke, Gerd/Pietzcker, Jost/Prieß, Hans-Joachim, Beck'scher Onlinekommentar: VOB Teil A, 1. Auflage 2001, München.
- Müller, Hermann/Veil, Winfried*; Wettbewerblicher Dialog und Verhandlungsverfahren im Vergleich. in: Vergaberecht 2007, 298.
- Müller, Martin/Brauser-Jung, Gerrit*; Öffentlich-private Partnerschaften und Vergaberecht – Ein Beitrag zu den vergaberechtlichen Rahmenbedingungen, in: NVwZ 2007, 884.
- Müller-Wrede, Malte/Lux, Johannes*; Die Behandlung von Projektanten im Vergabeverfahren – Zugleich eine Anmerkung zu OLG Düsseldorf, Beschl. vom 25.10.2005 – Verg 67/05[2] und VK Bund, Beschl. vom 06.06.2005 – VK 2 – 33/05 [3]. in: ZfBR 2006, 327.
- Müller-Wrede, Malte*; Kommentierung des § 25 VOF (heute in § 15 VOF integriert). in: Müller-Wrede, Malte, Kommentar zur VOF, 3. Auflage, Köln 2008.
- Nettesheim, Martin*; Das Kulturverfassungsrecht der europäischen Union. in: JZ 2002, 157.
- Nowak, Carsten*; Binnenmarktziel und Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union vor und nach de Reformvertrag von Lissabon. in: EuR 2009 Beiheft 1, 129.
- Olivieri, Luigi*; Il project financing dopo il terzo decreto correttivo. in: Appalti&contratti vom 10.11.2008.
- Opitz, Marc*; Die Entwicklung des EG-Vergaberechts in den Jahren 2001 und 2002 – Teil 1: Die Rechtstatsachen und der Rechtsrahmen. in: NZBau 2003, 183.
- Opitz, Marc*; Wie funktioniert der wettbewerbliche Dialog? – Rechtliche und praktische Probleme. in: VergabeR 2006, 451.
- Ortner, Roderic*; Vergabe von Dienstleistungskonzessionen – Unter besonderer Berücksichtigung der Entsorgungs- und Verkehrswirtschaft, Köln 2007.
- Otting, Olaf/ Olgemöller, Udo H.*; Innovation und Bürgerbeteiligung im Wettbewerblichen Dialog. NVwZ 2011, 1225.
- Pappermann, Ernst*; Grundzüge eines kommunalen Kulturverfassungsrechts. in: DVBl 1980, 701

- Pasquini, Gabriele*; Il project financing e la discrezionalità. in: GDA n. 10/2006, 1112.
- Pernice, Ingol/Wernicke, Stephan*; Kommentierung des Art. 86 EG a.F. (Art. 106 AUEV) und Art. 16 EG (Art. 14 AUEV). in: Grabnitz, Eberhardt/ Hilf, Meinhard, Onlinekommentar – Das Recht der Europäischen Union, Band I, EUV, Art. 1–38 EG, 21. Ergänzungslieferung April 2003, München 2009.
- Pietzcker, Jost*; Grenzen des Vergaberechts. in: NVwZ 2007, 1225.
- Planker, Markus*; Kommentierung des 15 VOB/A. in: Kapellmann, Klaus/Messerschmidt Burkhard Online-Kommentar, VOB Teil A und B, Vergabe- und Vertragsordnung mit Vergabeverordnung (VgV), 3. Auflage 2010, München.
- Prieß, Hans-Joachim*; Die Leistungsbeschreibung – Kernstück des Vergabeverfahrens (Teil 1). in: NZBau 2004, 20.
- Pünder, Hermann/Franzius, Ingo*; Auftragsvergabe im wettbewerblichen Dialog. in: ZfBR 2006, 20.
- Pünder, Hermann*; Kommentierung der § 101 GWB. in: Pünder, Hermann/ Schellenberg, Martin, Online-Kommentar, Vergaberecht (GWB, VgV, SektVO, VOL/A, VOB/A, VOF, Haushaltsrecht, Öffentliches Preisrecht), 1. Auflage 2011, Baden-Baden.
- Reidt, Olaf*; Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Vergabe von Baukonzessionen – dargestellt am Projekt der Trave-Querung in Lübeck. in: NordÖR 1999, 435.
- Reuter, Alexander/ Polley, Isabel*; ÖPP und das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF). in: NVwZ 2007, 1345.
- Ricchi, Massimo*; La finanza di progetto nel codice dei contratti dopo il terzo correttivo. in: UEA 2008, 1375.
- Ricchi, Massimo*; La nuova finanza di progetto nel codice dei contratti. in: UTFP, Gennaio 2009.
- Ricchi, Massimo*; Capitolo 3: La regolazione di un'operazione di PPP. in: Spinelli, Daniele/Vecchia, Pier Luigi, Opere pubbliche: le nuove modalità di realizzazione, Il Sole 24 Ore, 1. Edizione 2007.
- Riemenschneider, Frank/Nitzsche, Florian/Bernold, Torben*; FM-gerechte PPP-Ausschreibungen unter Berücksichtigung eines ganzheitlichen Betriebskonzeptes. in: Meyer-Hofmann, Bettina/ Riemenschneider, Frank/Weihrauch, Oliver, Public Private Partnership- Gestaltung von Leistungsbeschreibung, Finanzierung, Ausschreibung und Verträgen in der Praxis, Carl Heymanns Verlag, München 2005.
- Ritzek-Seidel, Simone*; Kommentierung von § 10 EG-VOL/A. in: Pünder, Hermann/ Schellenberg, Martin, Online-Kommentar, Vergaberecht (GWB, VgV, SektVO, VOL/A, VOB/A, VOF, Haushaltsrecht, Öffentliches Preisrecht), 1. Auflage 2011, Baden-Baden.

- Röhl, Hans Christian*; Der Anwendungsbereich des Vergaberechts – BGHZ 148, 55. in: JuS 2002, 1053.
- Roth, Frank*; Die Risikoverteilung bei Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) aus vergabe-rechtlicher Sicht. in: NZBau 2006, 84.
- Ruffert, Matthias*, Kommentierung zu Art. 1 AEUV und Art. 2 EUV. in: Calliess, Christian/ Ruffert, Matthias, Online-Kommentar, EUV/AEUV, 4. Auflage 2011, München.
- Ruthig, Josef*; Vergaberechtsnovelle ohne Gesetzgeber – Zum GWB-Vergaberecht nach Ablauf der Umsetzungsfrist – Teil I. in: NZBau 2006, 137.
- Schenke, Ralf/Klimpel, Stefan*; Verhandlungsverfahren versus wettbewerblicher Dialog: Neuere Entwicklungen im Vergaberecht Öffentlich Privater Partnerschaften (ÖPP)/ Public Private Partnership (PPP). in: DVBl 2006, 1492.
- Scheytt, Oliver*; Kulturstaat Deutschland, Transcript Verlag, Bielefeld 2008.
- Schoch, Friedrich*; Gewährleistungsverwaltung: Stärkung der Privatrechtsgesellschaft?. in: NVwZ 2008,241.
- Scholz, Rupert*; Kommentierung des Art. 5 III GG. in: Maunz, Theodor/Dürig, Günter, Grundgesetz – Kommentar, Onlineausgabe, 63. Ergänzungslieferung 2011.
- Schröder, Rainer*, Outsourcing und Sponsoring der Verwaltung: Rechtsfragen einer Einbeziehung Privater in die Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand. in: LKV 2007, 207.
- Schrallhammer, Julia*; Public Private Partnership im Bereich Kunst und Kultur. Regensburg, Univ., Dissertation 2006.
- Schulte-Beckhausen, Sabine /Krutisch, Dominic*; Kommentierung des Bandes XII: Gemeinden und Energiewirtschaft. in: Danner, Wolfgang/Theobald, Christian, Energierecht-Kommentar, Online-kommentar, 57. Ergänzungslieferung, Juli 2007.
- Schultze-Rhonhof, Michael/Decker, Svenja/Kunzmann, Melanie/Kronbein, Dirk/ Dinkhoff, Marc*; Öffentlich-private Partnerschaften – Initiative NRW, Kleine ÖPP-Projekte, Leitfaden des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 2008.
- Schütte, Peter*; Verhandlungen im Vergabeverfahren. in: ZfBR 2004, 237.
- Schwarze, Jürgen*; Daseinsvorsorge im Lichte des europäischen Wettbewerbsrechts. in: EuZW 2001, 334.
- Schwarze, Jürgen*; Daseinsvorsorge im Lichte des Wettbewerbsrechts. in: Schwarze, Jürgen, Daseinsvorsorge im Lichte des Wettbewerbsrechts, 1. Auflage 2001, Baden-Baden.
- Seiler, Hans Hermann*; Kommentierung des § 662 BGB. in: Münchner Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch – Onlineausgabe, Rebmann, Kurt/Säcker,

- Jürgen/Rixecker, Roland Band I, Martin Henssler Band 4, Verlag C.H. Beck, 5. Auflage 2009, München.
- Serravezza, Antonio*; La finanza di progetto dopo il terzo decreto correttivo del Codice degli Appalti. in: *Altalex* n. 2566 vom 23.07.2009.
- Sommermann, Karl-Peter*; Kommentierung des Art. 20 GG. in: v. Magoldt, Hermann/ Klein, Friedrich/ Starck, Christian, Kommentar zum Grundgesetz, Band 2, 6. Auflage 2010, München.
- Spinelli, Daniele/Valentinetti, Barbara*; La finanza di progetto. in: Spinelli, Daniele, *Contratti pubblici di lavori, servizi e forniture*, Il sole 24 Ore, Milano 2008.
- Spinelli, Daniele/Vecchia, Pier Luigi*; Capitolo 2: La struttura di un'operazione di project financing. in: Spinelli, Daniele/Vecchia, Pier Luigi, *Opere pubbliche: le nuove modalità di realizzazione*, Il Sole 24 Ore, 1^a edizione 2007.
- Steiner, Udo*; § 86 Kultur. in: Isensee, Josef/ Kirchhof, Paul, *Handbuch des Staatsrecht Deutschland Band IV: Aufgaben des Staates*, Heidelberg 2006.
- Stickler, Thomas/Kallmayer, Axel*; Kommentierung des § 3 VOB/A. in: Kapellmann, Klaus/ Messerschmidt, Burkhard, *Online-Kommentar, VOB Teil A und B, Vergabe- und Vertragsordnung mit Vergabeverordnung (VgV)*, 3. Auflage, München 2010.
- Stix-Hackel, Christine*; Schlussantrag der Generalstaatsanwältin am Europäischen Gerichtshof vom 12.04.2005 in der Rechtssache C-231/03 („Coname“).
- Storr, Stefan*; Kooperation nur nach Ausschreibung?. in: *SächsVBl* 2006, 234.
- Storz, Monica/Frank, Michael*; Public Private Partnership im Hochbau, Erste Schritte: PPP-Eignungstest, Leitfaden des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 2004.
- Trapp, Georg*; Projektantenstellung im VOF-Vergabeverfahren. in: *IBR-online* 2008.
- Trappe, Florian*, *Public Private Partnership im Kulturbereich am Beispiel des Musiktheaters*, Frankfurt am Main, Dissertation 2008.
- Tiramani, Emanuela*; La scelta del promotore nella procedura di project financing., Nota a Consiglio di Stato num. 6287 del 10.09.2005. in: *Altalex*, n. 3615 vom 30.01.2006.
- Uechtritz, Michael/Otting, Olaf*; Das „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“: Neuer Name, neuer Schwung für „Öffentlich-private Partnerschaften“. in: *NVwZ* 2005, 1105.
- Unità tecnica finanza di progetto*; Comitato Interministeriale per la Programmazione economica, 100 domande e risposte, febbraio 2009.
- VER.DI*; Stellungnahme zum Fragenkatalog im Grünbuch der Kommission zu Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen 2004 – Frage 2.

- Volpi, Carmine*; Bandi di gara e inviti alla gara. in: Villata, Riccardo, L'appalto di opere pubbliche, 2^a: edizione, Padova 2004.
- von Bogdandy, Armin*; Kommentierung von Art. 2 EGV a.F. in: Grabnitz, Eberhard/ Hilf, Meinhard/ Nettesheim, Martin, Onlinekommentar, Das Recht der Europäischen Union – Band I: EUV/EGV, 40. Ergänzungslieferung 2009, München.
- von Ditfurth, Jörg*; Public Private Partnership im Hochbau, Erste Schritte: Projektauswahl, -organisation und Beratungsnotwendigkeit, Leitfaden des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, April 2005.
- von Mutius, Bernhard*; Dax ist Dax. in: WW Nr. 43, S. 36.
- von Wallenberg, Gabriella*; Kommentierung von Art. 87 EG a.F. (Art. 107 AUEV). in: Grabnitz, Eberhard/Hilf, Meinhard, Onlinekommentar, Das Recht der Europäischen Union, Band I–III, 39. Ergänzungslieferung November 2009, München.
- Voß, Rainer*; Kommentierung von § 3 Die Mediation im Verwaltungsrecht. in: Johlen, Heribert/ Oerder, Michael, Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht, 2. Auflage 2003, München.
- Weber, Claus*; Zulässigkeit und Grenzen von Leistungsbeschreibungen nach europäischem Vergaberecht. in: NZBau 2002, 194.
- Wegener, W. Bernhard*; Kommentierung zu § 99 GWB. in: Pünder, Hermann/ Schellenberg, Martin, Online-Kommentar, Vergaberecht (GWB, VgV, SektVO, VOL/A, VOB/A, VOF, Haushaltsrecht, Öffentliches Preisrecht), 1. Auflage 2011, Baden-Baden.
- Weihrauch, Oliver*; Vertragsgestaltung bei PPP-Projekten. in: Meyer-Hofmann, Bettina/Riemen-schneider, Frank/Weihrauch, Oliver, Public Private Partnership – Gestaltung von Leistungs-beschreibung, Finanzierung, Ausschreibung und Verträgen in der Praxis, Carl Heymanns Verlag, München 2005.
- Werner, Michael/ Freitag, Martin*; „Wettbewerblicher Dialog“ – Vorschlag für eine neue Form des Verhandlungsverfahrens. in: NZBau 2000, 551.
- Weyand, Rudolf*; Kommentierung von § 97 GWB. Vergaberecht Praxiskommentar zu GWB, VgV, SektVO, VOB/A, VOL/A, VOF, 3. Auflage 2011, München.
- Willenbruch, Klaus*; Die Praxis des Verhandlungsverfahrens nach §§ 3a Nr. 1 VOB/A und VOL/A, in: NZBau 2003, 422.
- Wustmann, Ulrich*; Nachrangige Dienstleistungen im Sinne des Anhangs II B der KoordRL und nationales Vergaberechtsregime nach der VOL/A. in: Vergaber 2006, 720.
- Zeitung des Deutschen Kulturrates*; Politik und Kultur, Nr. 04/05.
- Ziekow, Jan*; Vergaberechtsfremde Zwecke und Europarecht. in: NZBau 2001, 72.

- Ziekow, Jan/Windoffer, Alexander*; Public Private Partnership als Verfahren – Struktur und Erfolgsbindungen von Kooperationsarenen. in: NZBau 2005, 665.
- Zimmermann, Uwe*; Von der EU-Verfassung zum Vertrag von Lissabon – Zu den kommunalen Rechten im EU-Vertrag. in: KommJur 2008, 41.
- Zuccaro, Alessandro*; Dalla procedura d’infrazione al terzo decreto correttivo del Codice dei contratti. Verso un project financing di quinta generazione. in: RAS n.2/2008, 319.
- Zuleeg, Manfred*; Kommentierung von Art. 2 EGV a.F. in: von der Groeben, Hans/ Schwarze, Jürgen, Kommentar zum EGV und EUV, 6. Auflage 2003, Baden-Baden.

B Quellenverzeichnis

- Enquete Kommission des Deutschen Bundestag; Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Drucksache 16/7000 vom 11.12.2007.
- Europäische Kommission; Aufforderungsschreiben. C (2008) 0108.
- Europäische Kommission; Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement. KOM (2007) 725.
- Europäische Kommission; Erläuterungen – Wettbewerbliche Dialog – Klassische Richtlinie. CC/2005/04.
- Europäische Kommission; Grünbuch über die Modernisierung der europäischen Politik im Bereich des öffentlichen Auftragswesens – Wege zu einem effizienteren europäischen Markt für öffentliche Aufträge. KOM (2011) 15.
- Europäische Kommission; Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. KOM (2003) 270.
- Europäische Kommission; Grünbuch zu den Öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen. KOM (2004) 327.
- Europäische Kommission, Klage Rs. C 412/04. ABl. C-300/27.
- Europäische Kommission; Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa ABl. C (1996) 281.
- Europäische Kommission; Leistungen der Daseinsvorsorge. KOM (2001) 598.
- Europäische Kommission; Mit Gründen versehene Stellungnahme 2001/2182. ABl. C (2003) 3764.
- Europäische Kommission; Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen im Bereich Konzessionen im Gemeinschaftsrecht. ABl. 2000 C 121/02.

Europäische Kommission; Mitteilung Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf die Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen auf institutionalisierte Öffentlich Private Partnerschaften (IÖPP). C (2007) 6661.

Europäische Kommission; Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen. ABl. 2006 C 179/02.

Europäische Kommission; Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. KOM (2004) 374.

Erfahrungsbericht Öffentlich Private Partnerschaften in Deutschland, BMVBS, 2007.

Erllass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Einführung der Richtlinien für Planungswettbewerbe 2008.

Gespräch mit Avv. Daniele Spinelli über das Project financing.

Gespräch mit Dipl.-Ing. Tobias Ehret über Öffentlich Private Partnerschaften.

Rücksprache bei RA Dr. Matthias von Kaler bezüglich Öffentlich Privaten Partnerschaften.

Gutachten für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Public Private Partnership im Hochbau, Leitfaden Band I, August 2003.

Kulturfinanzbericht 2010 des Statistischen Bundesamtes, Dezember 2010.

Loock, Friedrich; Öffentlich-rechtliche Partnerschaften in der Kultur, Expertenanhörung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ am 3.11.2004 – schriftliche Stellungnahme K-Drs. 15/ 253.

PPP-Projektdatenbank, BMVBS, Stand: Mai 2012; unter: www.ppp-projekt-datenbank.de.

PPP Task Force im BMVBS, Übersicht PPP – Vertragsmodelle.

TNS Infratest Sozialforschung; Wie oft besuchen Sie Veranstaltungen wie Opern, klassische Konzerte, Theater oder Ausstellungen? Sozio-ökonomisches Panel. in: Statista Oktober 2009.

UNESCO; Erklärung von Mexico City über Kulturpolitik, Weltkonferenz über Kulturpolitik 1982.

Wirtschafts- und Sozialausschuss; Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ‚Überprüfung der Binnenmarktstrategie im Jahr 2002 – Zeit, die Versprechen einzulösen‘. KOM (2002), 171 endg.

Einleitung

Theateraufführungen, Kunstaussstellungen und Konzerte – welchen Stellenwert nehmen diese traditionellen Kulturformen in unserer heutigen Gesellschaft ein? Besucht der Mensch des 21. Jahrhunderts überhaupt noch traditionelle Kulturveranstaltungen?¹ Wir leben heute in einer Medien- und Multioptionsgesellschaft.² Wir haben die Möglichkeit, aus einem breiten, weltweit verfügbaren alternativen Kulturangebot auszuwählen, um unsere Freizeit zu gestalten: der neuste Hollywoodfilm im Kino, eine spektakuläre Musicalaufführung, ein Popkonzert mit Spezialeffekten oder unser Bezahlfernsehen zu Hause. Gegenüber diesen modernen Dienstleistungsangeboten wirken traditionelle Kulturangebote oft antiquiert, uninteressant und wenig erhaltenswert. Wozu existieren also noch Theater, Museen und Konzerthäuser, die aufgrund der knappen und stetig knapper werdenden staatlichen Haushalte nur mühsam erhalten werden können?

Und wir brauchen und schätzen sie doch auch, die traditionelle Kultur. Vielleicht bedarf unsere heutige globalisierte und medialisierte Gesellschaft diesen traditionellen Kultursektor mehr denn je. Durchgeführte Studien zum Kulturpublikum haben ergeben, dass traditionelle Kulturangebote nach wie vor einen hohen Stellenwert in weiten Teilen der Bevölkerung einnehmen. Theater- und Opernaufführungen, der Besuch von Konzerten unterschiedlicher Musikgenres sowie der Besuch von Kunstaussstellungen sind die beliebtesten Angebote.³ Es ist knapp die Hälfte der Bevölkerung, die diese kulturellen Veranstaltungen zumindest gelegentlich besucht.⁴

Die prekäre allgemeine Haushaltslage zwingt seit den 90-er Jahren die öffentliche Hand zu radikalen Sparmaßnahmen in allen Politikbereichen, die auch Kürzungen in den Kulturhaushalten und bei der staatlichen Kulturförderung bewirkt haben.⁵

Ökonomische Aspekte dürfen die Kulturpolitik aber nicht dominieren. Es entsteht andernfalls die Gefahr, dass Sparen als Politikersatz verstanden wird und finanzielle Zielvorgaben die inhaltliche Zielsetzung der Kulturpolitik dominie-

1 Siehe zum Begriff der „kommunalen traditionellen Kultureinrichtung“ S. 7 ff.

2 Vgl. *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 35.

3 *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 178.

4 TNS Infratest Sozialforschung, SOEP.

5 *Schrallhammer*, PPP im Bereich Kunst und Kultur, S. 90.

ren.⁶ „Kultur muss ihren Sinn und Eigenwert sowie ihre gesellschaftskritische Rolle behaupten; sie hat daher ganz eigene Zielsysteme jenseits ökonomischer Zweckrationalitäten. [...] Nicht aus ökonomischen Zielen heraus leitet sich der öffentliche Auftrag der Kulturarbeit ab, sondern aus der gesellschaftlichen Rolle, die der Kulturpolitik zukommt („Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“).“⁷

Die unzureichende finanzielle Ausstattung der staatlichen Kulturhaushalte ist jedoch Realität und ruft ins Gedächtnis, dass Entwicklung und Förderung der Kultur nicht allein Aufgabe des Staates sind.⁸ Die öffentliche Hand gestaltet das kulturelle Leben in unserer Gesellschaft nicht alleine. Nicht nur sie ist für die Kultur verantwortlich, sondern die Kulturlandschaft der Bundesrepublik Deutschland ist traditionell von einem „kulturellen Trägerpluralismus“⁹ geprägt. Neben Bund, Ländern und Kommunen bringen sich eine Vielzahl von Einzelpersonen, Vereinen und Wirtschaftsunternehmen mit je eigener Gestaltungsmacht und Verantwortung in die Gemeinschaftsaufgabe Kultur ein. Ohne das finanzielle und zeitliche Engagement der Privatwirtschaft wären ein kulturelles Leben und eine kulturelle Vielfalt, wie wir sie heute kennen, gar nicht denkbar.¹⁰

Aufgrund der finanziellen und sozialen Realität in Deutschland sollten die staatlichen Stellen ihre kulturpolitische Aufgabe heutzutage darin sehen, die in Bevölkerung und Wirtschaft vorhandenen kulturellen Potentiale in verstärktem Maße zu aktivieren. Sie sollten die Privatwirtschaft für die gesellschaftliche Aufgabe Kultur zur Verantwortung ziehen und auf diese Weise die kulturelle Vielfalt in Deutschland sichern und bereichern. Eine solche Kulturpolitik zielt auf eine

6 *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 46.

7 *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 46 f.

8 Vgl. Enquete-Kommission, Kultur in Deutschland, S. 46. Die Enquete-Kommission Kultur in Deutschland wurde erstmals durch den Deutschen Bundestag in der 15. Wahlperiode (2002–2005) eingesetzt und hatte u.a. den Auftrag sich mit dem Thema „Kulturlandschaft und Kulturstandort Deutschland – kulturelle Grundversorgung“ zu befassen. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag im Jahr 2005 konnte die Enquete-Kommission ihre Arbeit nicht abschließen und erstellte nur einen Tätigkeitsbericht. Die Enquete-Kommission wurde in der 16. Wahlperiode (2005–2009) erneut eingesetzt mit dem Auftrag, die Arbeit auf der Grundlage des Tätigkeitsberichtes fortzusetzen, zu vervollständigen und abzuschließen. Schwerpunktthemen der neu eingesetzten Enquete-Kommission waren dabei u.a. „Infrastruktur, Kompetenzen und rechtliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Staat und Zivilgesellschaft“ und „Die öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur – Strukturwandel“. Am 11.12.2007 legte die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vor, der mit den Stimmen aller Mitglieder beschlossen wurde.

9 *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 116; hierzu auch Enquete-Kommission, Kultur in Deutschland, S. 46.

10 Vgl. Enquete-Kommission, Kultur in Deutschland, S. 46.

aktivierte Kulturgesellschaft ab,¹¹ deren Leitbild der „aktivierende Kulturstaat“ ist.¹²

11 *Scheytt*, Kulturstaat Deutschland, S. 62.

12 Vgl. Enquete-Kommission, Kultur in Deutschland, S. 92 f; Einzelheiten zum Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates auch S. 9 ff.

Arbeitsthema

Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Dissertation ist das für traditionelle Kultureinrichtungen geltende vergaberechtliche Rechtsregime in Deutschland und die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich speziell den Gemeinden eröffnen, wenn sie die bisher in alleiniger Verantwortung geführten traditionellen Kultureinrichtungen zukünftig dauerhaft und effizient nach dem Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates betreiben wollen.

Im ersten Teil der Arbeit werden zunächst der Begriff der „traditionellen Kultureinrichtung“ näher definiert sowie Inhalt und Berechtigung des Politikmodells des aktivierenden Kulturstaates für Deutschland dargelegt und begründet. Das Arbeitsthema wird zudem an die Zwecke der vorliegenden Untersuchung angepasst und entsprechend eingeschränkt. So sind Gegenstand der Prüfung allein die kommunalen traditionellen Kultureinrichtungen.¹³

Ausgehend von den wesentlichen Grundprinzipien des aktivierenden Kulturstaates ist im zweiten Teil der Arbeit nach der besten Kooperationsform zu suchen, die den Kommunen zur Umsetzung des Kulturpolitikmodells zur Verfügung stehen. Die Charakteristika der möglichen Kooperationsformen sind dafür herauszuarbeiten. Wie sich zeigen wird, eignen sich insbesondere Öffentlich Private Partnerschaften zur optimalen vertraglich-inhaltlichen Umsetzung einer aktivierenden Kulturpolitik.

Die Gemeinden bewegen sich bei der Gründung von kulturellen Öffentlich Privaten Partnerschaften nicht in rechtsfreiem Raum, sondern haben – wie detailliert zu begründen sein wird¹⁴ – das Vergaberecht zu beachten. Das Vergaberecht ist keine rein nationale Rechtsmaterie, sondern beruht zum Teil auf gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben, die durch den Vertrag von Lissabon 2008 eine Neuordnung erfahren haben. Die Prüfung, welche der nationalen und welche der europäischen Vergaberechtsvorschriften die Gemeinden zu beachten haben, wenn sie eine private Partnerschaft für eine traditionelle Kultureinrichtung aus-schreiben, und ob bzw. in welchem Umfang das anzuwendende Vergaberechts-regime von den Neuerungen in den Europäischen Verträgen betroffen ist, ist ein Schwerpunkt dieser Arbeit.

13 Siehe dazu im Einzelnen S. 7 ff.

14 Siehe dazu S. 78 ff.

Die Bestandsaufnahme und Analyse der aktuellen deutschen Vergaberechtspraxis werden zeigen, dass die deutschen Kommunen für das Verfahren zur Vergabe einer kulturellen Öffentlich Privaten Partnerschaft nach dem Politikmodell des aktivierenden Kulturstaates einen Blick über die nationalen Grenzen hinaus in das italienische Vergaberecht werfen sollten. Der Grund dafür liegt darin, dass das deutsche Vergaberecht kein privat initiiertes Vergabeverfahren kennt,¹⁵ mit dem dieses Politikmodell in verfahrensrechtlicher Hinsicht weitgehender umgesetzt werden könnte als mit den Vergabeverfahren des deutschen Vergaberechts. Den Schwerpunkt des dritten Teils der Arbeit bilden deshalb die Vorstellung und Untersuchung des *Project financing* des italienischen Vergaberechts, bei dem die private Initiative und die Nutzung der privatwirtschaftlicher Ressourcen in finanzieller und planerischer Hinsicht im Mittelpunkt steht. Am Ende soll ein Musterverfahren zur Vergabe einer privaten Partnerschaft für kommunale traditionelle Kultureinrichtungen erarbeitet werden, dass sich an dem italienischen *Project financing* orientiert. Bestenfalls dient dieses spezielle Vergabeverfahren den deutschen Kommunen bei der Umsetzung ihrer aktivierenden Kulturpolitik als vergaberechtlicher Leitfaden. Primäres Ziel der vorliegenden Arbeit ist jedoch, mit dem vorgeschlagenen Ausschreibungsverfahren eine Diskussion anzustoßen und einen Beitrag zur verbesserten öffentlichen Ausschreibung von traditionellen Kultureinrichtungen zu leisten.

15 Vgl. HDDBI, Stellungnahme Grünbuch PPP – Frage 9.